



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 18. Mai 2004

WTO – Bauernverband unterstützt Anliegen der Gemüseproduzenten

Der Verband schweizerischer Gemüseproduzenten (VSGP) hat für heute in Bern zu einer Kundgebung aufgerufen. Mit dem Slogan «WTO Liberalisierung: STOP! Die Gemüseproduzenten wollen weiterleben» soll auf die existenzbedrohenden Auswirkungen eines einseitigen WTO-Abkommens auf die einheimischen Gemüseproduzenten aufmerksam gemacht werden. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) unterstützt die Anliegen der Gemüseproduzenten voll und ganz und setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass ein ausgewogenes WTO-Abkommen erzielt werden kann, welches die Schweizer Landwirtschaft nicht in ihrer Existenz gefährdet.

Es ist gut nachvollziehbar, dass die Gemüseproduzenten als Vertreter einer besonders exponierten Branche ihren Existenzängsten in einer Kundgebung öffentlich Ausdruck verleihen. In der WTO dreht sich die Diskussion momentan vor allem um Abbauformeln für Agrarzölle. Bis zu den Sommerferien will die WTO ein entsprechendes Rahmenabkommen unter Dach und Fach bringen. De facto geht es jedoch um die Existenz von zentralen Produktionszweigen der Schweizer Landwirtschaft.

Vor allem die Abbau-Modelle mit einem «Capping», also der Festschreibung von absoluten Zolloberggrenzen, aber auch solche gemäss der «Swiss formula», wären von grosser Tragweite. Ein «Capping» würde verhindern, dass die Staaten ihre sensiblen Produkte schützen könnten. Einem «Capping» könnte die Schweizer Landwirtschaft nur zustimmen, wenn es Ausnahmemöglichkeiten für eine Anzahl Produkte gibt. Die sensiblen Produktkategorien sind Gemüse, Fleisch und Milch (ohne Käse).

Der SBV und seine Mitgliedorganisationen fordern die Schweizer WTO-Verhandlungsdelegation mit Nachdruck dazu auf, auf ein ausgewogenes Abkommen hinzuwirken und kein «Capping» zuzulassen. Ein solches WTO-Abkommen würde einer kleinen Anzahl von Staaten, nämlich den grossen Agrarexporteurern, sehr viel nützen und gleichzeitig die Existenz der Landwirtschaft in einer Vielzahl von Staaten gefährden. Es sind nicht nur die Staaten der G10, die sich gegen ein bezüglich Marktzutritt einseitiges Abkommen stellen. Zahlreiche Entwicklungsländer wie die AKP-Staaten (Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean), die CARICOM (Caribbean Community) und eine grosse Mehrheit der Staaten der Afrikanischen Union (AU) stehen einem weitgehenden Pauschalabbau der Zölle ebenfalls kritisch gegenüber.

Hingegen ist die Schweizer Landwirtschaft und der SBV bei den am stärksten handelsverzerrenden Instrumenten, den Exportsubventionen, zu Konzessionen bereit. Auch bezüglich Marktzutritt ist sie zu Zugeständnissen im Rahmen der Uruguay-Runde vorgenommenen Zollabbauschritte bereit.

Rückfragen:

Urs Schneider, Stv. Direktor und Leiter Stab / Kommunikation, Mobile 079 438 97 17

Roland Furrer, Stv. Leiter Stab / Kommunikation, Tel. 056 462 51 11, Mobile 079 432 29 15